



SPD-Fraktion in  
der  
Bezirksvertretung



Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN in der  
Bezirksvertretung

**DIE LINKE.**

Fraktion DIE LINKE.  
in der  
Bezirksvertretung



WfW-Fraktion in der  
Bezirksvertretung



FDP-Fraktion in der  
Bezirksvertretung

*Frau Bezirksbürgermeisterin Ursula Abé  
der Bezirksvertretung Cronenberg*

Datum 17.10.2019

**Gemeinsamer Antrag**

**Drucks. Nr. VO/0989/19**  
öffentlich

Zur Sitzung am  
**30.10.19**

Gremium  
**BV Cronenberg**

### **Gemeinsamer Antrag zur ehemaligen Schule Berghauser Straße**

Die Bezirksvertretung beschließt folgenden Prüfauftrag an die Verwaltung:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, welche Verwaltungseinheiten (Bürgerbüro, Stadtteilbibliothek, etc.) in diesem Gebäude untergebracht werden können und ob weitere Möglichkeiten (z.B. für die Unterbringung der Polizeiwache) bestehen. Zuletzt wurde der BV auch die Erstellung von Wohnungen für die Freiwillige Feuerwehr in Aussicht gestellt, da die neue Feuerwache in unmittelbarer Nachbarschaft zu diesem Grundstück entstehen soll. Wir fordern eine Einschätzung aller möglichen Optionen für die Nutzung des Gebäudes zu berücksichtigen und der Bezirksvertretung Cronenberg zeitnah eine qualifizierte Antwort zukommen zu lassen.

#### **Begründung:**

Auf Anregung des Betriebsausschusses GMW hat am Freitag, den 13.09.19 unter Teilnahme der Bezirksvertretung Cronenberg ein Ortstermin in der ehemaligen Hauptschule Berghauser Straße, die wohl verkauft werden soll, stattgefunden. (Zu diesem Termin wurde auch der Betriebsausschuss des Gebäudemanagements der Stadt Wuppertal eingeladen.) Was uns dort offenbart wurde, war ein erschreckendes Beispiel für mangelnde Bauhaltung. Das denkmalgeschützte Gebäude befindet sich aktuell in einem desolaten Zustand. Trotz alledem fordert die Bezirksvertretung Cronenberg die Stadtverwaltung auf, dieses Gebäude, welches für die Cronenberger Bürger (so wertvoll) Ortsbildprägend ist, zu erhalten.

Da wir als Mitglieder der BV Cronenberg diese Entscheidungen jeden Tag vor den BürgerInnen vertreten müssen, fordern wir endlich in die Prozesse eingebunden zu werden.

Herr Hans-Peter Abé Frau Regina Orth Herr Hartmut Kissing Frau Barbara Stenzel Herr Hans-Hermann Bock